

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 98 (2018)
Heft: 1056

Vorwort: Editorial
Autor: Wiederstein, Michael

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

«Demokratie ist die Wahl durch die beschränkte Mehrheit
statt der Ernennung durch die bestechliche Minderheit.»

George Bernard Shaw



Michael
Wiederstein
Chefredaktor

Kaum eine Wahl wird heute noch durchgeführt, ohne dass daraufhin öffentlich spekuliert wird, ob der Souverän «gut» entschieden hat, und falls nicht, wer für dieses Ungeschick verantwortlich ist. Mal sind es dann finanziell potente Volkstribune, die die Bürger mit Desinformationskampagnen dazu gebracht haben sollen, gegen die eigenen Interessen zu stimmen, mal sollen hippe Big-Data-Buden in unheiliger Allianz mit Facebook uns den Kopf verdreht haben, neuerlich stehen sogar russische Hacker wieder hoch im Kurs. Die eigentlichen Protagonisten demokratischer Entscheidungsprozesse rücken paradoxerweise immer seltener in den Fokus der Kritik: Politiker und Stimmbürger. Sie sitzen schliesslich, so der Philosoph Karl Popper, am Wahltag gemeinsam zu «Gericht» – und für einmal sollen letztere über erstere (und: ihre Arbeit in der letzten Legislaturperiode) richten. Nicht die Wahl einer neuen Regierung ist also laut Popper der zentrale Wettbewerbsvorteil der liberalen Demokratie, sondern die Abwahl. Deswegen ist eine «Chinese Democracy» eben keine Democracy.

Im Hinblick auf dieses «Volksgericht» hat sich in liberalen Kreisen vor allem das Narrativ des von staatlichen Leistungen direkt oder indirekt abhängigen Urnentrottels eingebrannt, der für immer neue Goodies aus der Staatskasse bereit ist, sich am Wahltag selbst aufzugeben. Tocqueville, später auch Hayek wiesen als überzeugte Demokraten zu Recht darauf hin, dass diese Gefahr mit dem Umverteilungsapparat wächst: wo die Bürger der Eigeninitiative entwöhnt werden, werden sie empfänglicher für mehr zwangskollektivierte Fürsorge. Logisch. Wer jedoch den Bürgern auf lange Sicht kollektive ökonomische Dummheit attestiert und so tut, als seien stets nur jene Politiken an der Urne erfolgreich, die nach dem Hundeleckerli-Prinzip funktionieren, scheitert nicht nur am urliberalen Bild des prinzipiell vernunftbegabten Menschen, sondern auch an der Empirie: Wenn 65,3 Prozent die 1:12-Initiative oder 66,5 Prozent die Initiative «6 Wochen Ferien» versenken, gelten die Mehrheitsmitbürger als «eigenverantwortlich» und «weise». Wenn 71,6 Prozent aber die No-Billag-Initiative versenken, sind sie «ingeschüchtert-staatsgläubige» Fehlinformierte. Irgendwo passt da etwas nicht zusammen.

Jason Brennan, der aktuell bekannteste und Streitbarste liberale Demokratiekritiker, hat eine Idee, wo: er weist in dieser Ausgabe nach, dass unsere populäre Auffassung von Demokratie mit der Realität kollidiert. Schon die Annahme, dass Wähler am Wahltag rationale (also: Pro und Contra vernünftig und umfassend abwägende) Entscheidungen treffen, ist nachweislich falsch – und bloss der Beginn einer langen Kaskade von weiteren Missverständnissen. Das grosse Dossier in dieser Ausgabe zeigt die liberale Demokratie denn auch als eine Staatsform, die alles andere als perfekt und auch nicht a priori alternativlos oder gar «heilig» ist – im Gegenteil. Wer aber angesichts einiger systemischer Fehlanreize glaubt, das Modell sei im Angesicht der Trumps, Orbáns, Cambridge Analytics und Xi Jinpings aus freiheitlicher Sicht nicht (mehr) konkurrenzfähig, wird ebenfalls eines Besseren belehrt. ◀